Herr Lorenz bedankt sich für die aufgenommene Anregung, möchte jedoch noch wissen, mit welchem finanziellen Aufwand die Nutzung der London App verbunden sei. Des Weiteren ist er der Meinung, dass man dem Grunde nach bestrebt sein sollte, die Aufgaben dieser App zu erfüllen und man ggf. nach Alternativen suchen solle. Denkbar sei für ihn, hierfür das Medium Facebook zu nutzen.

Herr Neulen verweist auf die Ausführungen in der Verwaltungsvorlage, wonach die Nutzung kostenfrei sei. Er läutert noch einmal die Handhabung mit den beschriebenen Einschränkungen.

Frau Bourauel berichtet, dass die Stadt Hennef bereits ein App „Bürger melden“ vorhalte, mit der man Eintragungen vornehmen könne. Verwaltungsintern sei diese dort auch mit einem Workflow hinterlegt. Der App sei durch die städtische IT-Abteilung entwickelt worden. Sie erläutert den Ausschussmitgliedern die Handhabung dieser App und teilt mit, dass die Stadt Hennef auf ihre Anfrage hin bereit sei, die Technik der Gemeinde Eitorf zur Verfügung zu stellen. Auch wenn in Eitorf kein Workflow vorhanden sei, sei eine Nutzung möglich. Daneben bestände nach Auskunft der Stadt Hennef für Kommunen auch die Möglichkeit, sich über eine gewerbliche Website, wie z.B. „Mängelmelder.de“ anzumelden, um dort eine App mit dem Design der Kommune zur Verfügung gestellt zu bekommen und diese zu nutzen. Die Software und das Handling würde dann von diesem Drittanbieter übernommen. Mit welchen Kosten dies verbunden sei, könne sie allerdings nicht sagen.

Herr Meeser sieht es als ausreichend an, die Meldungen in der bisherigen Form gehandhabt, wie z.B. per Mail an die Gemeinde zu übermitteln. Ggf. könne man auf der Internetseite zusätzlich einen Ansprechpartner für diese Meldungen benennen. Sofern Missstände nicht beseitigt würden, läge es nicht daran, dass die Meldung nicht angekommen sei, sondern am fehlenden Personal. Daher halte er ein neues Verfahren zum jetzigen Zeitpunkt für nicht umsetzbar, zumal hierdurch auch wieder Kosten in Form von zusätzlichem Bearbeitungsaufwand produziert würden.

Beigeordneter Sterzenbach erwidert hierauf, dass der Erledigungsaufwand gleich bleiben würde, egal in welcher Form die Meldungen eingehen würden. Des Weiteren verweist er darauf, dass man seit einiger Zeit für den gemeindlichen Bauhof eine eigene eMail-Adresse bauhof@eitorf.de eingerichtet habe, über die der Bürger unmittelbaren Kontakt mit der sachbearbeitenden Stelle aufnehmen könne. Des Weiteren sieht Beigeordneter Sterzenbach die Informationen von Frau Bourauel positiv und schlägt vor, Kontakt mit der Stadt Hennef aufzunehmen um zu überprüfen, ob das Modell der Stadt Hennef auf Eitorf übertragbar ist. Dabei könne man sich ggf. ansatzweise einen Workflow dergestalt vorstellen, dass eine wünschenswerte Zentralisierung und Bündelung der eingehenden Meldungen erfolge, auch unter Berücksichtigung der vorhandenen personellen Ressourcen. Nach Prüfung aller Aspekte werde man das Thema dem Ausschuss erneut zur Beratung vorlegen.

Ergänzend hierzu bittet Herr Krause, bei der Stadt Hennef die Resonanz der Meldungen zu erfragen.

Herr Lorenz stimmt dem Vorschlag einer alternativen Überprüfung seitens der Verwaltung zu.

Auf die Vorbehalte von Herrn Meeser erwidert Vorsitzender Strausfeld, dass die Verwaltungsvorlage nur vorsehe, das Thema im Auge zu behalten. Auch würde die Kontaktaufnahme mit der Stadt Hennef seiner Meinung nach nicht sehr arbeitsintensiv werden. Er schlägt daher dem Ausschuss vor, entsprechend dem Fazit der Verwaltungsvorlage zu beschließen und die Verwaltung zusätzlich zu beauftragen, mit der Stadt Hennef in Kontakt zu treten.

Herr Krause erwähnt ergänzend, dass durch das oben beschriebene Verfahren ggf. auch Kosten eingespart werden könnten, da man ggf. die Verursacher schneller ermitteln und zur Rechenschaft ziehen könne.